Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiterstimme

Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-Altstadt. Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstraße 2. Fernsprech-Sammelnummer 17959 • Postscheckkonto: Amt Dresden Nummer 13553, Emil Schlegel

Organ der KPD.
Sektion der Kom. Intern. (Bezirk Ostsachsen)

Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2. Fernsprecher: Amt Dresden Nummer 17959 • Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden • Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachmittags von 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Beilagen: Der Rote Stern • Die Kommunistin • Der Kom. Gewerkschafter • Der Kom. Genossenschafter • Wirtschaftl. Rundschau • Kunst und Wissen

2. Jahrg. | Bezugspreis für den Monat frei ins Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) • In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises • Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen | Dresden, Freitag, 8. Januar 1926 | Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.30 RM., für Familienanzeigen 0.20 RM., für die Reklamezeile entsprechend an dem dreigespaltenen Textteilteil 1.20 RM. • Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition | Nr. 6

700 Millionen für die Hohenzollern

Die Länder sabotieren den Reichstag. Einleitung des Volksentscheids am Dienstag

Berlin, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Am Donnerstag nachmittag begann im Rechtsausschuß des Reichstags die Beratung der Anträge über die Fürstenabfindung. Gleich zu Beginn teilte der Vorsitzende, der Volksparteiler Mahl, mit, daß die Absicht bestehe, die Zuständigkeit des Reichstags in diesen Fragen anzuzweifeln. Skandalös war die Haltung des Vertreters der preußischen Regierung. Dieser teilte mit, daß der Vergleich, der den Hohenzollern die beträchtliche Summe, etwa 886,2 Millionen Mark, ausliefern soll, am 12. Oktober von den Vertretern der Regierung unterzeichnet wurde, allerdings noch dem Landtag noch nicht zugeleitet sei. Im übrigen erklärte er im Namen des Staatsministeriums, daß also die Angelegenheit der Abfindung mit den Hohenzollern eine rein preußische Angelegenheit betreffe, in die das Reich sich nicht einzumischen habe. Der Ausschuß beschloß, den preußischen Finanzminister selbst für Freitag vormittag zu laden. Der deutschnationale Vertreter Thüringen wandte sich gegen den kommunistischen Antrag auf entschädigungslose Enteignung, da er der Reichsverfassung widerspreche, und stimmte bezeichnenderweise dem demokratischen Antrag im wesentlichen zu.

Die Sabotage der Länder in dieser Frage im Ausschuß wurde bereits in der ersten Sitzung so deutlich sichtbar, daß selbst das „Vorwärts" schreibt, daß, wenn in diesem Tempo weiter gefahren wird, man bis zum Sommer mit der Herbeischaffung des Material noch nicht fertig sein werde.

700 Millionen rund, das ist die Summe, die von der Luther-Regierung schon einmal den Ruhrindustriellen geschenkt wurde, doch jetzt ist man dabei, Luther die Regierung wieder zu übertragen.

Die gesamte werktätige Bevölkerung muß gegen diese Ausplünderung der Gelder an die Hohenzollern stürmisch Protest erheben.

Die Einbringung des Volksentscheids

Berlin, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der vorläufige Ausschuß zur Regelung der Fürstenabfindung unter dem Vorsitz des Dr. Kurzmann wird Dienstag, den 12. Januar, beim Reichsministerium des Innern einen Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens stellen.

Die deutschen Arbeiter zahlen 8½ Millionen für den Kronprinzen von Montenegro

Berlin, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Zu welchen Ungeheuerlichkeiten die bisherige Regelung der Fürstenabfindung führt, zeigt das Beispiel von Mecklenburg-Strelitz. Der im September 1921 abgeschlossene Vertrag mit dem „Großherzoglichen Erben" schanzt der Kronprinzessin Melitta von Montenegro und dem Kronprinzen Daniel von Montenegro nicht weniger als 8½ Millionen Mark zu.

Unverschämte Fürsten

Die Württemberger stellen neue Ansprüche

Stuttgart, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Trotzdem die Abfindungsregelung mit dem König von Württemberg bereits einmal abgeschlossen war, hat Herzog Albrecht im Namen des Königshauses neue erhebliche Forderungen angemeldet. Dabei ist dieser bereits jetzt schon der größte Grundbesitzer Württembergs und hat bereits dadurch ein glänzendes Geschenk erhalten, daß seine Betriebe von der Gemeindegrundsteuer befreit sind.

Das Fürstengesindel wird immer frecher

Jena, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Klagen der ehemaligen Fürsten in Thüringen gehen weiter. Sie haben sich bis jetzt auf 25 erhöht. Ein einziger dieser Prozesse erforderte beinahe ½ Million Mark Kosten. Interessant ist, daß jetzt von den Erben des Fürsten Günther zu Schwarzburg-Sondershausen-Rudolstadt der Vertrag, der im Jahre 1919 vom Landtag angenommen wurde, angefochten wird und daß das Landgericht Erfurt diesen Vertrag als gegen die guten Sitten verstoßen erklärt hat. Anfang dieser Woche sind bereits bei der thüringischen Regierung 2 neue Klagen des Rechtsvertreters der Schwarzburg-Sondershauser Familie eingelaufen. Man sieht, die Fürsten, die angeblich verhungern müssen, bringen für die nicht unbeträchtlichen Kosten ihrer Prozesse immer noch genügend Geld auf.

SPD.-Arbeiter gegen Koalition und Fürstenraub

Chemnitz, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Wie das „Zwickauer Sächsische Volksblatt" meldet, hat eine von einigen hundert Personen besuchte Funktionärversammlung der SPD. in Zwickau eine Resolution gefaßt, die fordert, unter keinen Umständen in die Große Koalition einzutreten und die sich mit aller Entschiedenheit für einen Volksentscheid auf völlige Enteignung der desertierten Fürsten ausspricht.

Für die sofortige Landtagsauflösung

Von den SPD.-Funktionären des Unterbezirks Plauen-Oelsnitz und Land wurde, nachdem sie sich einmütig gegen die Große Koalition im Reich und für die Einleitung eines Volksentscheides zur Fürstenabfindung ausgesprochen hatten, zur Lage in Sachsen folgende Resolution angenommen:

„Die Funktionäre des Arbeitsgebietes bedauern, daß der Beschluß des Heidelberger Parteitages zur Beilegung des Ministerkonfliktes noch nicht seine sinngemäße Durchführung erfahren hat. Die Empörung der Parteigenossen über die Sabotage der Parteidemokratie wächst. Die Funktionäre fordern, daß die Landtagsfraktion bis zur Landesversammlung die Auflösung des Landtages herbeiführt. Widersetzt sich die Fraktion dieser Forderung, dann ist die Landesversammlung verpflichtet, im Interesse der Partei den Trennungsstrich zwischen den sächsischen Parteiorganisationen und dieser Fraktion klar zu ziehen."

Die sozialdemokratischen Arbeiter, die sich dem Heidelberger Parteitagsbeschluß in der Sachsenfrage in dem guten Glauben gefügt haben, daß die Auflösung des Sächsischen Landtages bald folgen würde, müssen jetzt einsehen, daß sie elend betrogen wurden. Durch den Heidelberger Parteitagsbeschluß sind nur die Rechten, die Heldt, Müller, Beyhle gestärkt worden, die ihre Positionen im Interesse der Bourgeoisie noch stärker handhaben als bisher. Die linken Führer, die sich nach dem Heidelberger Parteitag die Aufgabe gestellt hatten, die SPD.-Arbeiter zu beschwichtigen, können die Erkenntnis, daß dieser Landtag bald verschwinden muß, in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft nicht mehr aufhalten.

Die obenstehende Resolution, deren Annahme nach einem Bericht der Plauener „Volkszeitung" in fünf Funktionärkonferenzen einstimmig (nur Schnirch und Schurig, zwei Rechte, stimmten dagegen) erfolgte, ist klar und eindeutig. Die sozialdemokratischen Funktionäre verlangen die Auflösung des Landtages noch vor der Landesversammlung der SPD., die am 30. und 31. Januar stattfindet. Weigert sich die sozialdemokratische Fraktion, dann soll zwischen ihr und der sächsischen Parteiorganisation von der Landesversammlung der Trennungsstrich gezogen werden. Damit kann nur der Ausschluß der Fraktion bzw. der Fraktionsmitglieder gemeint sein, die sich weigern, den Auflösungsbeschluß durchzuführen. Wir begrüßen diese klare und eindeutige Stellungnahme der SPD.-Funktionäre um so mehr, als die gemeinsame Auflösung des Landtages von der Kommunistischen Partei bereits am 15. November in ihrem Brief an den Landesausschuß der SPD. gefordert wurde.

Trotzdem verschweigen wir nicht, daß die linken Führer in den letzten Wochen sich vollkommen von den 28 Rechten in das Bockspringen nehmen lassen und wichtige Tagesforderungen der Arbeiter preisgaben. Erst jetzt, unter dem Druck der sozialdemokratischen Arbeiter, rücken die linken Führer von den Heldt, Müller, Beyhle und deren bürgerlichen Koalitionsgenossen wieder ab. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß der Druck der SPD.-Arbeiter verstärkt werden muß, wenn nicht ihre Forderungen wie bisher auf dem Papier stehen bleiben sollen. Nicht nur die SPD.-Funktionäre, sondern die gesamte Mitgliedschaft der sächsischen Sozialdemokratie muß für die Landtagsauflösung mit aller Entschiedenheit eintreten. Erst dann wird es möglich sein, auch den Parteivorstand, der hinter den Rechten steht, zu zwingen, seine bisherige ablehnende Haltung in der Landtagsauflösung aufzugeben. Darüber hinaus müssen die sächsischen sozialdemokratischen Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften die Einheitsfront mit den kommunistischen Arbeitern herstellen.

Gemeinsam wird es ihnen gelingen, die Auflösung des Landtages herbeizuführen und wieder ein rotes Sachsen zu schaffen.

Gemeinsam müssen sie die Große Koalition im Reiche verhindern und die entschädigungslose Enteignung der Fürsten erzwingen, sowie der bestehenden kapitalistischen Mißwirtschaft ein Ende bereiten und die Existenz der Arbeiterklasse zu sichern. Die Kommunistische Partei ist zur Einheitsfront bereit!

Immer neue Massenentlassungen und Betriebsstillegungen

Dortmund, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Zeche „Mathes" wurde am Dienstag stillgelegt; die 3000 Mann starke Belegschaft wurde trotz aller Verhandlungen auf die Straße geworfen. Es besteht die Absicht, die jüngeren Arbeiter nach Sachsen und Thüringen abzutransportieren. (!) — Auch auf der Zeche „Kaiserstuhl 1 u. 2" sollen am 13. Januar 1500 Mann entlassen werden. — Der Bochumer Verein entläßt zum 1. Februar 60 Beamte, meist ältere Leute; weitere Entlassungen stehen bevor. Ferner sind die Gehälter der Beamten wesentlich gekürzt worden. — Bei der Bochum—Gelsenkirchener Straßenbahn wurden 60 Beamte entlassen, teilweise wurde der Betrieb stillgelegt.

Gotha, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Belegschaft des Emaillierwerkes Harles in Gotha, die schon seit langer Zeit verkürzt gearbeitet hatte, war zu Weihnachten ganz entlassen worden. Jetzt wurde ihr vom Betriebsleiter mitgeteilt, daß der Betrieb wieder eröffnet würde, wenn die Arbeiter bei Bezahlung von 8 Stunden eine Arbeitszeit von 10 Stunden einhalten würden.

Unternehmerdiktatur und Große Koalition

R. R. Die Regierungskrise des Deutschen Reiches ist noch nicht gelöst. Seit länger denn zwei Monaten ist Deutschland ohne eigentliche Regierung. Diese Tatsache ist nicht nur bezeichnend für die außerordentlich schwierige Lage, in der sich die deutsche Bourgeoisie bei der Durchführung ihrer „Restaurierungspläne" befindet. Schon in ihrem eigenen Lager besteht keine Einigkeit über die Art der Durchführung der Maßnahmen. Ein Teil der in der Volkspartei organisierten Schwerindustrie ist sicherlich und ohne Schwankungen entschlossen, rücksichtslos und entschieden den Weg der schnellsten Konzentration zu gehen. Dabei würde die Vernichtung der Klein- und Mittelbetriebe in gesteigertem Maße vor sich gehen. Deswegen leistet wohl ein Teil des Bürgertums, die Demokraten und das Zentrum, Widerstand. Die von diesen erstrebte Große Koalition soll die allzu wuchtige und schnelle Vernichtung der Klein- und Mittelbetriebe aufhalten. Den Uebergang zur konzentrierten Schwerindustrie langsamer vornehmen. Die schonungslose, schnelle Durchführung der zur Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft gebotenen Maßnahmen läßt diese Parteien die Gefahr des entschlossenen Widerstandes der Arbeiter und der Radikalisierung der Klein- und Mittelbürger und damit die Abkehr dieser Schichten von diesen Parteien befürchten. Für einen Teil der Volkspartei ist die Tatsache, daß die Krise sich bis zum April/Mai noch verschärfen muß, ausschlaggebend, jetzt nicht nach einer Diktatur zu drängen.

Für uns aber viel bedeutungsvoller ist es, daß diese Krise Wochen um Wochen bestehen konnte, ohne daß bis jetzt der breite Druck proletarischer Massen energisch auf die Gestaltung der Dinge eingewirkt hatte. Es zeugt von dem noch bestehenden Tiefstand und der mangelnden Aktivität der deutschen Arbeiterschaft, daß sie noch nicht selbständig in die Geschicke eingegriffen. Da die SPD.-Führerschaft hin- und herschwankt und sich nicht entscheiden kann, ob sie jetzt schon als Retterin des Bürgertums einspringen, oder ob sie bis zur Zuspitzung der Lage im Frühjahr warten soll, gelang es, die Arbeiter während der vergangenen Wochen ruhig zu halten. So konnten die SPD.-Führer ihre Meinungsverschiedenheiten austragen. Schon sprachen sich eine ganze Reihe derselben, an der Spitze Scheidemann und David, für die Große Koalition aus.

Die unentschlossene Haltung der SPD.-Führer ermöglichte es den Kapitalisten bis jetzt, ohne eine Entscheidung mit dem Rumpfkabinett die Geschäfte zu führen und ständig mit dem Gedanken der Diktatur zu spielen. Daß trotz dieser langen Frist das Bürgertum noch keinen Ausweg gefunden, zeigt, wie gewaltig die Macht der Arbeiter jetzt wäre, wenn diese Macht entschlossen und geschlossen in die Wagschale geworfen würde. Alle die unverschämtesten Pläne der Bourgeoisie, deren Krönung durch die Rüstungsfabrikation für die Schwarze Reichswehr in Ostpreußen signalisiert wird, würden zuschanden werden, wenn die Arbeiterschaft, anstatt zuzusehen, in aktiver Gegenwirkung die Bildung der Regierung in die eigenen Hände nehmen würde.

Bei jeder Situation steht die Frage, ob der nächste Schritt die Lasten der Arbeiter steigern, oder den Kampf um die Abwälzung der Lasten auf die Kapitalisten verstärken soll. Bis jetzt sind bei jeder Etappe die Arbeiter die Leidtragenden gewesen und werden es bleiben, solange sie den Führern der SPD. erlauben, die Große Koalition oder eine Regierung der Mitte zu unterstützen.

Die Absicht der Unternehmer ist es, die Lage der Arbeiter dauernd zu verschlechtern. Herr Kastern, der Führer des Winterhall-Konzerns, erklärt, „daß die Löhne und Gehälter in der heutigen Höhe bestehen bleiben sollen, daß aber Erhöhungen von jetzt ab nicht mehr erfolgen dürfen." Gleichzeitig fordert dieser Industriegewaltige einen Wirtschaftsdiktator und verlangt:

„Er (der Diktator, d. R.) müßte in der Lage sein, jeden Massenstreik in Zukunft unterdrücken zu können. Jeder Mensch in Deutschland soll seine Freiheit behalten und soll selbst bestimmen, ob er arbeiten will oder nicht. Ihm muß aber verboten sein, andere Leute von der Arbeit abzuhalten und zum Streik aufzufordern, oder gar zu zwingen. Wer aber nicht arbeiten will, hat von der Allgemeinheit keinen Unterhalt zu erwarten."

Diese freche Forderung bedeutet nichts anderes, als daß die Arbeiter ruhig verhungern sollen. Wo sie nicht wollen, soll die Diktatur der Reichswehr nachhelfen. Die Große Koalition ist dabei einem Teil der Kapitalisten das beste Mittel, diese Diktaturperiode einzuleiten. Das hat ein Teil der SPD.-Arbeiter erkannt, sie wenden sich deswegen gegen die Große Koalition.

Die Berliner Funktionäre faßten bekanntlich einen Beschluß, der die Große Koalition ablehnt. Ebenso stellen sich die Funktionäre in Leipzig und Plauen. In der „Löbauer Volkszeitung" schreibt seit längerer Zeit Hermann Fleißner gegen die Koalition, und ein Teil der Blätter der SPD. ist gezwungen, gegen die Koalition Stellung zu nehmen. So schreibt die „Volkszeitung" von Dresden am 5. Januar: „Der Beschluß der Berliner Funktionäre scheint uns sehr am Platze." In ihrer gestrigen Nummer schreibt die „Volkszeitung":

„Die Deutsche Volkspartei vertritt rücksichtslos die Interessen des Großkapitals, ein Geschäft, das man um so besser betreiben kann, wenn man sich in schöne Phrasen einhüllt.